

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/181

22. September 1971

Lauritz Lauritzen's Erfolg

Beachtliche Bilanz des Bundesministeriums
für Städtebau und Wohnungswesen

Von Manfred Schmidt SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Städtebau und Wohnungswesen

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Unverantwortliche Sensationslust

Rettung von Menschenleben wichtiger als
Schauvergnügen

Von Heinz Ruhnau
Senator für Inneres der Freien und Hansestadt
Hamburg

Seite 3 / 39 Zeilen

Die aktuelle SPD-Pressediens Dokumentation

Stimmen der Auslandspresse zum Treffen von
Bundeskanzler Willy Brandt mit General-
sekretär Leonid Breschnjew

Berichtszeitraum 18. bis 20. September 1971

Seite 4 bis 10 / 352 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9159
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 28
Telefax: 885 946/885 8477
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Lauritz Lauritzen's Erfolg

Beachtliche Bilanz des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswesen

Von Manfred Schmidt SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Seit Lauritz Lauritzen Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen ist, stand er im Kreuzfeuer der Kritik. Zeitungen aller Schattierungen nannten ihn einen schwachen Minister, einen Mann ohne Fortune. Wann immer Journalisten eine angeblich bevorstehende Kabinettsumbildung inaugurierten, nahm er unter den mutmaßlichen Opfern einen bevorzugten Rang ein. Lauritz Lauritzen trug alle Vorwürfe mit großer Gelassenheit. Wenn er auf verbale Konter verzichtete, so wohl in der richtigen Erkenntnis, daß die beste Antwort auf unsachliche Angriffe in guter sachlicher Arbeit liegt. In der Halbzeit der Legislaturperiode legte er Rechenschaft ab über seine Arbeit. Es ist eine beachtliche Bilanz, die er vorweisen kann. Sie ist so, daß die Kritik fast völlig verstummt und respektvoller Anerkennung gewichen ist. Man hat zwischenzeitlich unter Lauritzens Kollegen andere Opfer gesucht und gefunden.

Nach zwei Jahren kann Lauritzen alles als abgeschlossen vorweisen, was Willy Brandt in der Regierungserklärung für sein Ressort als Vier-Jahres-Programm verkündete. Unter den Gesetzen, die er über die parlamentarischen Hürden brachte, ist eines der bedeutendsten Reformvorhaben dieser Regierung das Städtebauförderungsgesetz. Die Opposition hat keine Mühen gescheut, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verzögern. Sogar der Bundesrat wurde als verkängelter Arm der CDU/CSU-Fraktion mißbraucht. Aber auch für die FDP war es nicht leicht, diesem Gesetz zuzustimmen, das zumindest einen Einstieg in die Reform unserer Bodenordnung darstellt. Es ist sicher nicht dem Minister anzulasten, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu einigen wichtigen Abstrichen vom ursprünglichen Entwurf zwangen.

Das Wohngeldgesetz, ein langfristiges soziales Wohnungsbauprogramm und der Städtebaubericht stehen auf der Habenseite seiner

Bilanz. Mit diesem Programm waren die Mitarbeiter des Wohnungsbauministeriums, mit insgesamt 320 Mitarbeitern eines der kleinsten Ministerien überhaupt, bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen.

Lauritz Lauritzen ist es bei den so schwierigen Haushaltsberatungen gelungen, den Stellenwert seines Ressorts ins rechte Licht zu rücken. Der Ausgabenansatz für das Jahr 1972 weist gegenüber dem Jahr 1971 die beachtliche Steigerung von 29,2 vH. aus.

Zu Lauritzens Verdiensten gehört es auch, daß er den ständigen Rückgang von Wohnungsbauaufwendungsmitteln des Bundes gestoppt und wieder auf die notwendige Größenordnung gebracht hat, so daß in diesem Jahr mit der Fertigstellung von mehr als 500.000 Wohnungen gerechnet werden kann.

Lauritzen leistete auch beim Artikeigesetz, das die Position des Mieters erheblich verstärkt und in den Zuständigkeitsbereich des Justizministers fällt, eine wichtige Hilfestellung. Gerade die Beratung dieses Gesetzes hat gezeigt, daß es sehr zweckmäßig wäre, wenn die Zuständigkeit für alle Mietrechtsfragen beim Minister für Städtebau und Wohnungswesen liegen würden.

Die Vorgänger Lauritz Lauritzens in diesem Ressort haben zum Teil sehr unglücklich operiert und gravierende Fehlentscheidungen getroffen. Dies gilt insbesondere für seinen unmittelbaren Vorgänger, Paul Lücke. Er hat durch die ungerechtfertigte Aufhebung des Mieterschutzes die fatale Situation zu verantworten, in die die Mieter geraten sind. Er ist auch häufig mit Vorhaben, die im Ansatz richtig waren, an seiner Fraktion gescheitert. Lauritz Lauritzen ist es unter ungleich schwierigeren Bedingungen gelungen, seine politischen Vorstellungen durchzusetzen. Er hat damit einen guten Anteil am Erfolg dieser Regierung. Seine bisherige Arbeit berechtigt zu der Hoffnung, daß er auch die schwierigen Vorhaben, wie beispielsweise die Novellierung des Bundesbaugesetzes, die er sich über das Regierungsprogramm hinaus für die nächsten zwei Jahre vorgenommen hat, gut über die Runden bringen wird.

Lauritzen der besonders unter der Unkenntnis und dem mangelnden Sachverstand vieler Kritiker zu leiden hatte, ist vielleicht ein gutes Beispiel für die Richtigkeit des Wahlslogans der SPD in der letzten Bundestagswahl: Wir haben die richtigen Männer.

(-/wr/22.9.1971/ks)

+ + +

Unverantwortliche Sensationslust

Rettung von Menschenleben wichtiger als Schauvergnügen

Von Heinz Ruhnau

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Vorgänge beim Banküberfall in München und beim Flugzeugunglück in der Nähe von Hamburg haben wieder einmal in erschreckender Weise gezeigt, daß es viele unverantwortliche Mitbürger gibt, die ihre Sensationslust höher stellen als das Leben der Verunglückten. In München war die Polizei schließlich nicht mehr in der Lage, sich durch Absperrungen genügendes Operationsfeld zu sichern und die von den Erpressern geforderten Fluchtwege frei zu halten. In Hamburg wurde die Bewegungsfreiheit der Rettungsfahrzeuge so behindert, daß es zu Verzögerungen beim Abtransport der Verletzten kam.

Es hat sich bei den vergangenen Vorfällen gezeigt, daß viele Schaulustige erst durch die Berichte in den Massenmedien auf die Idee kamen, an die Unglücksorte zu fahren. Dies war Gegenstand von ersten Gesprächen zwischen Vertretern der Innenministerkonferenz und den Verantwortlichen des Zweiten Deutschen Fernsehens. Diese Fernsehanstalt will in Zukunft bei ähnlichen Vorfällen, für einige Stunden auf eine genaue Ortsangabe in ihren Reportagen verzichten. Die Kontakte mit den Intendanten der ARD lassen ähnlich gute Ergebnisse erwarten.

Weiterhin haben die Innenminister an alle Bürger appelliert, die Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen bei außergewöhnlichen Ereignissen nicht zu behindern. Sie sind überzeugt, daß die meisten Bürger in Zukunft dies berücksichtigen werden.

Die Innenminister müssen aber auch Maßnahmen für die Unverbesserlichen treffen, die sich auf den Weg machen, um ein Schauvergnügen zu genießen, bevor die Polizei in der Lage ist, Zufahrtsstraßen abzusperren.

Die Vorschriften reichen aus, um den Ort einer Katastrophe durch entsprechende Maßnahmen von Schaulustigen frei zu halten. Die Innenminister haben zusätzlich einen Arbeitskreis beauftragt, mögliche Verschärfungen der Rechtsgrundlagen in Erwägung zu ziehen. Wenn es um die Rettung von Menschenleben geht, die vielleicht nur deshalb scheitern könnte, weil unverantwortliche und rücksichtslose Bürger ihren egoistischen Bedürfnissen nachgehen, dann kann die Polizei auch vor einer drastischen Beseitigung von privaten Kraftfahrzeugen nicht zurückschrecken.

Die verantwortungsvollen Bürger werden Verständnis für diese Maßnahmen haben. Sie können sicher sein, daß diesem gefährlichen Unwesen ein Ende bereitet wird.

(-/wr/22.9.1971/ks)

+ + -

Die aktuelle SPD-Pressedienst-Dokumentation

Stimmen der Auslandspresse zum Treffen von Bundeskanzler
Willy Brandt mit Generalsekretär Leonid Breschnjew

Berichtszeitraum 18. bis 20. September 1971

Das ausländische Presseecho zum Krim-Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem wichtigsten Mann der Sowjetunion Generalsekretär Leonid Breschnjew ist unterschiedlich und uneinheitlich auch innerhalb der einzelnen Länder. Überwiegend wird die Tatsache, dass der Bundeskanzler die sowjetische Einladung angenommen habe, begrüßt. In der westlichen Presse wird festgestellt, Orenda habe die Bundesrepublik als Grossmacht in der europäischen und der Weltpolitik herausgestellt. Mehrmals ist von der Wandlung vom "politischen Zwerg zum politischen Riesen" die Rede. Auffallend ist, dass diese Tendenz in nahezu allen französischen Kommentaren vorherrscht, während sie in der englischen Presse nur indirekt zum Ausdruck kommt. Die bisher zu beobachtende nahezu völlige Zurückhaltung der amerikanischen Medien in der Bewertung des Treffens ist bemerkenswert. Die Konsequenzen, die aus der Feststellung der politischen Aufwertung der BRD abgeleitet werden, sind unterschiedlich. Überwiegend wird begrüßt, dass die Entspannung neuen Auftrieb erhalte und eine KSE wahrscheinlich werde; einige Stimmen warnen aber davor, sich auf die sowjetischen Entspannungsziele zu sehr einzulassen, wie dies der Bundeskanzler offensichtlich getan habe. Ebenfalls kommt in einigen kritischen westlichen Kommentaren zum Ausdruck, die Sowjetunion gewähre der BRD eine so deutliche Vorzugsbehandlung, um im westlichen Lager Neid und Zwiespalt zu säen. In einer Reihe von Kommentaren europäischer Zeitungen klingt direkt oder versteckt der Vorwurf an die Adresse der Bundesregierung an, die westlichen Partner nicht ausreichend vor der Reise konsultiert zu haben. Andere Stimmen, so insbesondere in Grossbritannien, unterstreichen aber die volle Loyalität der Bundesregierung gegenüber den westlichen Partnern. Insgesamt überwiegt die Auffassung der Kommentatoren, der Bundeskanzler könne mit dem Ergebnis der Reise zufrieden sein, es klingt allerdings die Warnung an, nicht zu sehr auf sowjetische Annäherungswünsche einzugehen. Festgestellt wird ebenfalls überwiegend, dass das Treffen die Bereinigung des sowjetisch-deutschen Verhältnisses gefördert habe, oder wie es der GUARDIAN ausdrückt, erwarten lasse, dass es zwischen Ost und West zu einer "zivilisierten Normalisierung" komme. Das Echo der Presse der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten - mit Ausnahme Albaniens - ist ungewöhnlich stark und positiv. Hervorgehoben wird die Festigung der Entspannungspolitik und auch der Erfolg der Bonner Ostpolitik. Der Realismus setzte sich in Europa immer mehr durch, die BRD könne bei der KSE und der Lösung anderer offener Fragen eine bedeutsame Rolle spielen.

Frankreich - LES ECHO 20.9.: "Trotz der mißgestimmten Reaktionen der Opposition (die weder Barzel daran hindern, sich demnächst nach Moskau zu begeben, noch Strauss, sich dorthin begeben

zu wollen) kann Brandt mit den Ergebnissen seiner Ostpolitik um so zufriedener sein, als sie nach den letzten Umfragen von 70 vH. der öffentlichen Meinung gebilligt werden".

LE FIGARO 20.9.: "... Birgt das, was heute geschieht, nicht gerade die Verdammung einer Konzeption in sich, derzufolge internationale Realisationen vor allen durch Furcht und Mißtrauen bestimmt werden? ... Wie steht es jetzt mit der 'Ostpolitik' Bundeskanzler Brandts? Gefährdet sie Brandts Partner aus dem westlichen Europa, wie man es in bezug auf seine Nahrungspolitik befürchtet hatte? ... Der Realismus gebietet, kühle Köpfe zu bewahren angesichts dessen, was für Deutschland schliesslich nur die Anerkennung von Tatsachen ist".

COMBAT 20.9.: "... Die Befürchtungen der westlichen Länder - und der Osteuropäer - rühren daher, dass Deutschland aufgrund der heutigen engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtung Europas teilweise auch das Schicksal der Nachbarnationen bestimmt, wenn es für sich selbst entscheidet..." "... Eine Bundesrepublik, die in Zukunft weniger europäisch und weniger atlantisch sein wird, das ist genau das, was die Sowjetunion anstrebt. Sie hat diesen Prozeß durch engere Beziehungen mit Frankreich begonnen. Jetzt hat die Sowjetunion in der Bundesrepublik einen Gesprächspartner mit grossem Eigengewicht entdeckt..."

LA NATION 20.9.: "An den Ufern des Schwarzen Meeres wurde die offizielle Anerkennung des anderen Deutschland durch die BRD offiziell bestätigt. Dies bedeutet eine radikale Änderung der deutschen Politik, die die Vorgänger der Regierung Brandt nicht vornehmen wollten. Der von Deutschland für die Normalisierung seiner Beziehungen zur SU geforderte Preis ist natürlich sehr hoch, aber damit ist Bundeskanzler Brandt gleichzeitig die Gelegenheit gegeben, die europäische Großmachtstellung der BRD zu bestätigen, die hinter den USA, Japan und der SU in der Weltwirtschaft an vierter Stelle steht".

HUMANITE 20.9.: "... Unsere Regierenden wären gut beraten, wenn auch sie über diese Lehre nachdächten; anstatt die Ergebnisse der Krim-Gespräche mit schlechter Laune aufzunehmen, sollten sie darüber glücklich sein und sich ihrerseits anstrengen, noch mehr als Willy Brandt zur Errichtung eines Europa der Sicherheit und der Zusammenarbeit beizutragen".

Grossbritannien - THE TIMES 17.9.: "Brandts ... Ostpolitik befindet sich in einem kritischen Stadium ... Die Ostdeutschen benehmen sich ziemlich störrisch und brauchen einen kleinen Schubs von Moskau ... Die Russen glauben, und haben dies auch Honecker zu verstehen gegeben, dass die Zeit für eine stabilere Ordnung in Europa gekommen ist. Sie haben gefunden, dass die chronische Feindschaft zwischen Ost- und Westdeutschland eine Menge anderer Schwierigkeiten am Leben erhält, die sie lieber los wären. Es ist daher zu erwarten, dass sie Brandt und denjenigen ihrer Freunde in Ostberlin helfen werden, die bereit sind, eine Politik zu riskieren, die weniger von dem Vorhandensein eines Feindes vor den Toren abhängig ist. Gleichzeitig muß Brandt vielleicht ein wenig zurückstecken. Einige der westdeutschen Forderungen nach Kontakten zwischen Ost- und Westdeutschland gehen ein Stück weiter als im

Moment realistisch ist... Für alle Beteiligten wird es fast mit Sicherheit die sogenannte europäische Sicherheitskonferenz geben, die die Sowjetunion und ihre Verbündeten so lange gefordert haben. Alle diese Dinge werden langsam reifen, aber sie stellen deutlich eine neue Phase in den Nachkriegsgeschichte Europas dar. Der zentrale Punkt ist die Stabilisierung der Teilung Deutschlands und die schrittweise Hinnahme der beiden deutschen Staaten - durch die Deutschen selbst und durch andere ... Wie immer sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland von ausschlaggebender Bedeutung für Europa".

THE GUARDIAN 18.9.: "Das Treffen zwischen Kanzler Brandt und Breschnjew an diesem Wochenende könnte den Weg freimachen für eine Verwandlung des Kalten Krieges in so etwas wie eine zivilisierte Normalität. Brandts ganze vorsichtige Diplomatie beruht auf dem Prinzip, dass die deutsche Frage erledigt werden musste, bevor die europäische in Angriff genommen werden konnte. Die beiden Deutschlands mussten sich zuerst einigen, miteinander zu leben. Von dem deutschen Gerangel in ihrer Mitte erlöst, konnten sich die beiden Europas dann leichter einigen ... Brandt hat sein Land - und mit ihm Westeuropa - mehr als die Hälfte des Weges zu einer zivilisierteren Regelung der Angelegenheiten des Kontinents geführt. Selbst wenn die Verhandlungen nicht weiter führen als bis zu dem schon Erreichten wird ganz Europa Grund haben, Willy Brandt denkbar zu sein ... Kanzler Brandt hat die Bürde des Misstrauens erleichtert, die in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren auf Europa lastete, aber es gibt noch genug davon..."

Schweiz - TAGES-ANZEIGER, Zürich 18.9.: "Solange über Inhalt und Bedeutung der Beratungen nur gerätselt werden kann, ist es vor allem der Parteiliche, der Phantasie und Interesse der ständigen Beobachter in der Sowjetunion fesselt... Man erlebte einen neuen Breschnjew. Ganz ohne Zweifel ist es sein wachsendes Selbstbewusstsein als unbestritten erster Mann der sowjetischen Politik. Hat die neueste politische Entwicklung in Europa ihn von Belastungen befreit, deren Beseitigung ihm nun den Mut oder den Wunsch einflösst nach einem veränderten, gelasseneren Umgang mit der eigenen Öffentlichkeit, wie der des Auslandes? Es wäre ganz unsinnig, politische Vergleiche anzustellen, aber was das Auftreten angeht, so hatte dieser Breschnjew plötzlich geradezu Chruschtschowsche Züge".

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG 18.9.: "Moskau ist dabei, mit raschen Schlägen das Eisen 'Berlin' so lange es noch heiss ist, zum Instrument vorwärtsdrängender Westpolitik zu schmieden. Kaum war die Unterschrift unter das Teilabkommen der vier Mächte gesetzt - unter dem zynischen Begleitgeräusch von Schüssen an der Mauer übrigens -, wurde schon der westdeutsche Regierungschef Brandt, ob mit oder ohne Anregung aus der Bundesrepublik, zum Treffen mit Breschnjew auf die Krim bestellt. Der Eile, mit der Bonn in den letzten zwei Jahren seine Ostpolitik vorangetrieben hat, entspricht seit einigen Monaten das russische Tempo ... Brandt ist auf die Aufforderung in einer Art eingegangen, die an einigen Stellen im Westen eine gewisse Nachdenklichkeit hat aufkommen lassen. Er macht in sehr betonter Weise einen Alleingang... Vor dem Hintergrund der in letzter Zeit so oft repetierten Beteuerung Bonns, dass man Ost-

politik stets und allezeit und immer nur aus der 'festen Verankerung im Westen' heraus betreiben wolle und werde, ist das Vorgehen des westdeutschen Bundeskanzlers aber doch auffallend. Es hat für einmal wieder den vertrauten Hauch von "Rapallo" in die Atmosphäre gemischt und Bonn in die Lage versetzt, zu erklären, dass erstens 'Rapallo'-Verdächtigungen jetzt wie stets und allezeit Unsinn seien und dass man sich zweitens an solche Alleingänge zu gewöhnen habe, da man in Bonn 'mündig' geworden sei...

LA SUISSE, Genf 20.9.: "Wenn man in wenigen Worten die Arbeit zusammenfassen will, die nunmehr den Bundeskanzler erwartet, dann könnte man sagen, dass seine Aufgabe der parlamentarischen Opposition gegenüber darin besteht, sie zunächst von der Richtigkeit seiner Ostpolitik zu überzeugen versuchen, und dass er sie weiter davon überzeugen muss, dass seine Zusammenkunft mit Breschnjew nicht die geringste Mißstimmung im westlichen Lager geschaffen hat. Den Westmächten gegenüber wird seine Aufgaben darin bestehen, zu informieren und gleichzeitig Vertrauen zu erhalten".

DIE PRESSE, Wien 20.9.: "Niemand lässt sich gern auf der falschen Seite überholen. Die Erinnerung, dass so wie Oreanda nicht weit von Jalta, Rapallo nicht allzuweit von Locarno entfernt ist, scheint noch immer dramatisch fixiert. Nun ist aber Willy Brandt kein Vabanquespieler, kein Mephisto und kein Rathenau ... Nichts deutet darauf hin, dass er von der seinerzeitigen Erklärung, die Ostpolitik setze eine feste Verankerung der Bundesrepublik im Atlantischen Bündnis voraus, auch nur innerlich abgerückt sei. Die Sowjets freilich sind in der Politik auch zu erfahren, um nicht zu wissen, dass eine simple Übertölpelung auch nur kurzfristig Nutzen bringt - sie suchen daher Kontakt mit der Oppositionspartei, sie haben Barzel eingeladen und anscheinend auch die Bereitschaft von Franz Josef Strauss zu einem Gespräch 'getestet'. Sie wollen also das, was sie vielleicht von Brandt einhandeln, soweit wie möglich absichern und vor politischen Zufällen bewahren... Eine enge, vom Detail der politischen Arbeit ausgehende Koordination der verbündeten Mächte ist daher immer noch der sicherste Garant gegen Fehlentscheidungen".

Italien - IL POPOLO (DC ORGAN) 19.9.: "Brandt hat recht, wenn er den Franzosen antwortet, dass er ja nur die wichtigsten Grundsätze der politischen Zukunftsvorstellungen de Gaulles befolge. Zweifellos gibt Bonn heute nicht nur einen wertvollen, sondern auch einen notwendigen Gesprächspartner für die Sowjetunion ab. Darüber hinaus besteht auch kein Zweifel, dass die Ostpolitik Brandts mit dem Heranreifen einer sowjetischen Westpolitik zusammenfällt. Notwendigerweise liegt der Schlüssel für die europäische Entspannung in Bonn. Daher ist es auch verständlich, wenn die Kreml-Machthaber sich vor allem anderen mit einer Klärung ihrer Beziehungen zu Bonn befassen. Abgesehen von den Problemen einer aktiveren Zusammenarbeit beider Länder, scheint die Begegnung auch für Europa als nützlich bezeichnet werden zu können. Das aber werden wir in den nächsten Monaten genauer feststellen können".

L'AVANTI (sozialistisch) 19.9.: "Brandt ist nicht nach Canossa gegangen, und er ist in keine sowjetische Falle gegangen".

IL MESSAGGERO (bürgerlich-konservativ) 20.9.: "Es ist das Verdienst Brandts, eine finanzielle amerikanische Krise gegen eine politische sowjetische Krise ausgespielt zu haben. Die grösseren Vorteile wird die Bundesrepublik Deutschland, jedoch, auch wenn nur indirekt, in Europa erzielen... Die kontinentalen Verbündeten der Bundesrepublik könnten sich eigentlich dazu bequemen, Bonn die Vertretung ihrer Interessen zu übertragen. Die Geschichte kann nicht aus Stolz, Ressentiments und schlechten Erinnerungen gemacht werden..."

Belgien - DE STANDAARD (flämisch, links-katholisch) 18./19.9.: "Die Aussprache mit Breschnjew bewies aufs neue das Gewicht, das die Sowjetunion auf einen guten Kontakt mit Bonn legt. Das bezeugt in erster Linie eine deutliche Warnung an die Adresse Ostberlins, die innerdeutschen Verhandlungen nicht zu sabotieren. Man erwartet in Bonn, dass die Stagnation in den Gesprächen zwischen Bonn und Ostberlin nicht lange anhalten wird, da, wie Brandt Breschnjew gegenüber deutlich gemacht hat, Berlin eine unabwiesliche Vorbedingung für die Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz ist... Wenn man offiziell auch nichts gegen das gute Einverständnis Bonns mit Moskau hat, so ist es doch kein Geheimnis, dass die Franzosen mit scheelem Auge auf die Rolle blicken, die die Westdeutschen zum begehrtesten Gesprächspartner für Moskau in Westeuropa macht".

Niederlande - ALGEMEEN DAGBLAD (liberal) 20.9.: "Brandts Verdienst ist es gerade, dass er - nach Jahren starrer Illusionen - eine Politik führt, die auf der Wirklichkeit fußt. Zu dieser Realität gehört auch die Macht der Sowjetunion. Damit kommt Brandt der sowjetischen Lösung von der 'Anerkennung der Realitäten' sehr nahe. Annäherung an Osteuropa kann nur bei sicherer Verankerung im Westen geschehen. Brandt ist sich dessen bewusst. Wenn jedoch - in einer ferneren Zukunft - Westeuropa uneins bleibt und sich Amerika aus Europa zurückzieht, kann die so sehr gewünschte Annäherung an Osteuropa eine bedenkliche Sache werden".

DE TROUW 20.9.: "Keine Gefahr für eine Wiederholung von Rapallo. Die unabhängige Politik, die Brandt gegenüber dem Osten führen will, bedeutet jedoch keine Veränderung der Bande zur NATO und zu den westeuropäischen Staaten".

Schweden - Svenska Dagbladet, kons. 19.9.: "Die eilig zustandgekommene Reise Brandts ist von der einheimischen Opposition nicht mit milden Augen betrachtet worden und hat auch bei Bonns Alliierten manche Kritik hervorgerufen"... Die Wahl der Worte des Kommuniqués zeige jedoch, dass man von russischer Seite Brandt nicht zu den revanchistischen Imperialisten zähle, von denen Moskau seit zwei Jahrzehnten sage, dass sie sich in der Westdeutschen Führung befänden.

DAGENS NYHETER, liberal, 19.9.: "Die Normalisierung der Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten ist nur eine Frage der Zeit; zum anderen sieht das Blatt das kommende Handels- und Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion als wesentlicher an. Dieses Abkommen werde sich mit dem Ausbau der Handelsbeziehungen

gen nach früherem sowjetisch-französischem Muster befassen. Sowjetisch-französisches Abkommen habe jedoch eine unklare Zukunft, und es gäbe Zeichen dafür, dass die französische Regierung beunruhigt sei, dass Westdeutschland die alte französische Lieblingsrolle des Brückenbaus zwischen West und Ost übernehme. Um an dem grossen russischen Markt teilzuhaben, liege die beste Möglichkeit für Frankreich in einer französisch-deutschen Zusammenarbeit".

Norwegen - VAART LAND 20.9.: "Mittlerweile entwickelt sich die DDR zu einem grossen Wirtschaftsfaktor im Ostblock, so dass Moskau nicht länger ohne Berücksichtigung der ostdeutschen Interessen handeln kann. Immerhin bedeutet aber die Einigkeit auf der Krim, dass die DDR die Verhandlungen über die praktische Seite der Berlinabsprache nicht unendlich verschleppen kann".

Dänemark - BERLINGSKE TIDENDE 19.9.: "Die Regierung Brandt hat klar erkannt, dass die Grenzen der Kontakte Westdeutschlands mit Osteuropa von Moskau gezogen werden ... Für die sowjetischen Führer geht es darum, die dauernde Teilung Deutschlands in zwei Staaten zu bewahren und dafür Unterstützung zu finden".

AKTUELT (sozialdemokratisch) 20.9. schreibt unter der Überschrift: "Die Welt ist positiv, Strauss ist sauer" einen Artikel.

Finnland - HELSINGIN SANOMAT, unabhängig, 19.9.: "Der positive Ton des Kommuniqués erstaunt Beobachter. Sein Inhalt deutet an, dass die Gespräche einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion darstellen". Die Zeitung weist weiter darauf hin, dass die Sowjetunion und die Bundesrepublik die KSE beschleunigt herbeiführen wollen.

Israel - JEDIOTH CHADASHOTH 17.9.: "Dieser demonstrative Versuch des westdeutschen Bundeskanzlers, seine politische Unabhängigkeit von den Westmächten durch Fortsetzung seines Brückenbaus nach den Osten zu beweisen, wird von westlichen Sachverständigen mit Besorgnis beobachtet, weil sie auf lange Sicht Folgen eines solchen westdeutschen Alleingangs befürchten. Da jedoch das Ergebnis seiner Ostpolitik Brandts bisher grösster und deutlichster Erfolg war, nimmt es nicht wunder, dass die Bundesregierung versucht, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist".

Sowjetunion - PRAWDA 20.9.: "Die internationale öffentliche Meinung betrachtet das Treffen und die im Abschlusskommuniqué enthaltenen Schlussfolgerungen als einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt".

Polen - TRYBUNA LUDU 20.9.: "Dieses Treffen hat einen ernsthaften, konstruktiven Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen in Europa, der weiteren Entspannung und der Konsolidierung der

friedlichen Koexistenz geleistet ... Das ist ein neuer Erfolg der Friedenspolitik, die von der Sowjetunion, Polen und der DDR sowie von anderen sozialistischen Staaten und Mitgliedern des Warschauer Paktes betrieben wird. Das ist auch ein Erfolg für die Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung, die die deutsche Bundesrepublik aus der Sackgasse gefährlicher revisionistischer Illusionen herausführt".

CSSR - RUDE PRAVO 20.9.: "Unter der Überschrift 'Positive Wirkung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD' hebt die Zeitung u.a. hervor, dass Breschnjew eine Einladung Brandts für einen Gegenbesuch angenommen habe. Die slowakische Parteizeitung PRAVDA schreibt am 20.9., die CSSR hoffe, die Unterredungen zwischen Brandt und Breschnjew würden den bevorstehenden deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen eine bessere Basis schaffen. 'Die Tschechoslowakei würde sich freuen, wenn die deutsche Regierung diese Gespräche mit dem gleichen Realismus führte wie jene auf der Krin'".

Ungarn - NEPSZABADSAG 19.9.: Die ungarische Parteizeitung bezeichnete das Treffen als "ein sehr wichtiges Ereignis". In einem zweiten Leitartikel werden "Initiativen und Anreize" gefordert, um bestehende oder mögliche Vorbehalten gegenüber dem Plan einer europäischen Sicherheitskonferenz, die "erneut von seiten des offiziellen Amerika, von gewissen britischen Kreisen oder von dem rechten Flügel in der Bundesrepublik vorgebracht" werden könnten, zu zerstreuen.

Jugoslawien - POLITIKA 18.9.: Die "sowjetische Öffnung zum Westen" habe nicht nur europäischen Charakter, obwohl eine europäische Sicherheitskonferenz im Vordergrund des sowjetischen Interesses stünde, sondern auch im Kampf gegen den Dollar sei die BRD ein bedeutender Partner für die Sowjetunion.

Albanien - ZERI I POPULLIT 19.9.: "Vor 26 Jahren wurde in Jalta beschlossen, den deutschen Militarismus zu liquidieren, in demselben historischen Jalta konzipiert jetzt Leonid Breschnjew die Wiederbelebung der deutschen Macht. Schon jetzt versucht die Bundesrepublik Deutschland, ihren westeuropäischen Alliierten ihren Willen aufzuzwingen, sie ökonomisch und finanziell zu schwächen, ihnen verschiedene Schwierigkeiten auf dem politischen, technischen und Handelsgebiet, ja sogar auch auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung und Sicherheit in den Weg zu legen. Diese Linie wird besonders bemerkbar in den Haltungen Bonns gegenüber einem Land wie Frankreich, das in diesen Jahren eine unabhängige Haltung bekundet und die politische ökonomische und militärische Hegemonie der USA in Westeuropa bekämpft hat. Zu diesen diabolischen Zielen Bonns trägt auch die Moskauer Clique erheblich bei, unabhängig von der Wallfahrt, die Breschnjew in irgendein Land Westeuropas unternehmen wird, unabhängig von dem Lächeln und den Versicherungen, die er nach links und rechts schenken wird. Tatsache ist aber, daß Breschnjew sich dorthin begeben wird, nachdem er sich zunächst mit Bonn verständigt und mit ihm seine Ansichten und Pläne koordiniert haben wird..."
(-/wr/22.9.1971/na)